

02.11.2015

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der FDP

Koalitionstreffen auf Bundesebene ohne Ergebnis – NRW braucht umgehend geordnete Flüchtlingsaufnahme – Streit um Transitzone und Einreisezentren beenden

Der anhaltende Flüchtlingszustrom stellt die nordrhein-westfälischen Kommunen Woche für Woche vor drängendere Unterbringungsprobleme. Am Wochenende hat sich ein Koalitionstreffen mit der Bundeskanzlerin ergebnislos vertagt.

Als Hauptstreitpunkt zwischen Union und SPD kristallisiert sich die Forderung nach Transitzone heraus, die auch an den nordrhein-westfälischen Außengrenzen einzurichten wären. Diese Forderung der Union wird laut Deutschlandfunk vom 31.10.2015 von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft abgelehnt. Stattdessen setzte sich die Ministerpräsidentin für Registrierungs- und Einreisezentren verteilt über das Bundesgebiet ein.

Die SPD-Parteispitze legte vor dem Koalitionsgipfel am Sonntag im Kanzleramt einen Vorschlag für ein besser kontrolliertes und geordnetes Verfahren bei der Flüchtlingseinreise vor. Die Einrichtung von sogenannten Einreisezentren soll eine Beschleunigung der Registrierung und des Asylverfahrens bringen und zudem eine schnellere Rückführung abgelehnter Bewerberinnen und Bewerber ermöglichen. Die Registrierung von Flüchtlingen soll künftig ausschließlich in Einreisezentren erfolgen. Diese Zentren sollen im ganzen Bundesgebiet eingerichtet werden – regional ausgewogen und dem Bedarf entsprechend. Asylsuchende warten in den Einreisezentren die Entscheidung eine Weiterverteilung ab. Bei Verstößen sind Leistungskürzungen vorgesehen – eine Inhaftnahme findet nicht statt. Der Vorschlag der SPD sieht zudem vor, dass eine Entscheidung über offensichtlich erfolglose Anträge – zum Beispiel für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten – auch direkt in den Einreisezentren erfolgen kann. Die Wiederausreise findet dann ebenfalls von dort aus statt.

Die Flüchtlinge und den bei der Flüchtlingsunterbringung an ihre Grenzen stoßenden Kommunen ist eine Hängepartie auf Bundesebene nicht zuzumuten. Deswegen ist es notwendig, dass der Landtag über konkrete Maßnahmen zur Senkung der Flüchtlingszahlen debattiert, eine Haltung zur zentralen und grenznahen Registrierung von Flüchtlingen einnimmt und die Haltung der Landesregierung zum Positionspapier "Menschen in Not helfen, Zuwanderung

Datum des Originals: 02.11.2015/Ausgegeben: 02.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

ordnen und steuern, Integration sichern" von CDU und CSU, das SPD-Konzept der Einreisezentren und die Umsetzung des am 24. Oktober in Kraft getretenen Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen diskutiert.

Christof Rasche

und Fraktion